



Sehr geehrter Herr Bürgermeister Stober,
sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderats,
liebe Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Eggenstein-Leopoldshafen

Im vergangenen Jahr war die Gemeindeverwaltung mit der Umstellung von kameraler auf doppische Haushaltsführung sehr beschäftigt. In der Klausur im Februar wurde uns nun der erste Haushaltsplan in Doppik vorgestellt. Viele Begrifflichkeiten haben sich geändert. Letztendlich geht es um das Gesamtergebnis. Und das stellt sich zu unser aller Freude positiv dar. Die neue Haushaltsführung ist transparenter, da die Kosten und Erlöse auf einer Seite ersichtlich sind. Auch alle Investitionen werden abgeschrieben. Dadurch wird ein nachhaltiges Wirtschaften begünstigt. Es bedeutet, dass ein positives Ergebnis genau das ist: ein positives Ergebnis. Die Abschreibungen werden erwirtschaftet und erleichtern zukünftige Investitionen. Daher kann man sich freuen, dass mit einem Plus von ca. € 500.000 geplant wird.

Wenn jeder Fachbereich so gut liefere, wie der von Frau Eickel, wäre das super. Die Verwaltung hat mit einem hohen Krankenstand zu kämpfen, der die Aktivitäten immer wieder ausbremst. Viele Maßnahmen, die schon längst hätten fertig sein können, insbesondere im Bereich Umwelt, kommen nicht voran. Zum Beispiel die Biotopvernetzung, konsequente Anlage und Pflege von Ackerrandstreifen und Blühwiesen, Umsetzung eines Konzepts für den Bereich unten an der Rheinfähre, Umsetzung des Radwegekonzepts, u.v.m. Viele dieser Verspätungen in der Umsetzung der ‚Kür‘aufgaben, vor allem die, die von den Fraktionen im Gemeinderat gewünscht werden, sind neben eventuell fehlender Motivation durch fehlende Mitarbeiter*innen verursacht. Viele Stellen in allen Bereichen der Verwaltung, die ausgeschrieben werden, bleiben zu lange unbesetzt. Bekanntlich bietet der öffentliche Dienst einen sicheren Arbeitsplatz bei moderater Bezahlung. In Zeiten von annähernder Vollbeschäftigung spielt der Sicherheitsaspekt bei der Wahl einer neuen Stelle eine ungeordnete Rolle. Wenn wir geeignete Bewerber*innen anziehen wollen, müssen wir mehr bezahlen können. Ohne gesetzliche Änderungen in Berlin ist dies leider nicht möglich.

Bildung und Kinderbetreuung

Die Gemeinschaftsschule (GMS) hat sich super entwickelt. Das neue Gebäude wurde mit dem Schuljahresbeginn im September 2018 in Betrieb genommen. Der Mensabetrieb läuft gut. Die Schüler*innen und Lehrkräfte und alle schulischen Mitarbeiter*innen sind sehr zufrieden. Das Außengelände muss zwar noch hergerichtet werden, die Arbeiten hierfür laufen aktuell. Ebenso für die Aula im Innenbereich. Also insgesamt eine Investition, die den Anforderungen der GMS Rechnung trägt.

Mit sieben kommunalen und zwei konfessionellen Einrichtungen für Kinder zwischen 0 und 6 Jahren, den Hortangeboten an zwei Grundschulen und der erweiterten Betreuung an der Ganztagsgrundschule bietet unsere Gemeinde ein breites und vielfältiges Betreuungsangebot. Ergänzt wird dieses Angebot durch die private Kleinkindbetreuung sowie durch Tageseltern. Durch Sanierung, Erweiterung bzw. Modernisierung werden die Gebäude immer wieder auf den neuesten (technischen) Stand gebracht – dieses Jahr steht die Sanierung des Kindergartens Spielkiste an. Und das ist gut so. Denn unsere Kinder sind nun mal unsere Zukunft. Sie sichern nicht nur unseren Lebensabend, sondern auch den Fortbe-

stand unserer Gesellschaft. Dafür braucht es alle Anstrengung, Zeit und Geld, aber auch Personal. Dieses zu gewinnen gestaltet sich leider nicht immer einfach. Da reicht schon ein Blick auf die Homepage der Gemeinde. In regelmäßigen Abständen werden dort pädagogische Fachkräfte gesucht. Aber solange sich die Tarife für Erzieher*innen nicht deutlich erhöhen, wird das Suchen wohl ständig weitergehen. Denn letztendlich ist die pädagogische Qualität einer Einrichtung das A und O. Hier zu investieren, um Fachkräfte länger zu binden, ist nicht nur sinnvoll sondern auch zukunftsweisend. Dafür setzen wir uns weiter ein. Eine übertarifliche Bezahlung wäre ein möglicher Schritt.

Das "Gute-Kita-Gesetz", welches der Bund vergangenes Jahr beschlossen hat und das seit dem 01.01.2019 in Kraft ist, regelt eine befristete (lediglich bis 2022) finanzielle Unterstützung der Kommunen. Wie hoch die Förderung für unsere Gemeinde ausfällt, ist derzeit noch nicht bekannt. Unserer Meinung nach sollte diese Förderung u.a. für eine Staffelung der Gebühren (nach dem Einkommen der Eltern) investiert werden. Aktuell findet eine Staffelung nach Geschwisterkindern statt. In der Abstimmung der Gebührenerhöhung Ende 2016 gelang es uns leider nicht, die Gebührenerhöhung geringer zu halten. Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Keine Familie mit kleinem Einkommen soll davon abgehalten werden, ihr Kind in die Kita zu schicken. Der Verwaltungsaufwand zur Beitragsbemessung wäre eventuell höher, unserer Meinung nach aber gerechter.

Gedanken zur Umwelt

Wir Grünen sehen den Klimaschutz als die wichtigste politische Herausforderung der Gegenwart an. Er wird oft als Aufgabe nationaler Regierungen oder der internationaler Diplomatie angesehen. Aber man muss auch lokal handeln, um die Klimaschutzziele zu erreichen.

Ein großer Bereich ist das Auto. Die Gemeinde kann die Akzeptanz von Elektro-Autos erhöhen, in dem sie Ladesäulen aufstellt, so dass vor allem Besucher der Gemeinde ihre Autos aufladen können. Für die Einwohner muss es ebenfalls leichter werden, die Autos zu laden. Vermieter müssen verpflichtet werden, Lademöglichkeiten für ihre Mieter bereitzustellen. Hausbesitzer müssen aber diese ohne bürokratische Hindernisse installieren können. Im Weiteren ist zu überprüfen, inwieweit unsere Stromnetze die zusätzliche Belastung ertragen können. Hierzu haben wir beantragt, dass die Gemeindeverwaltung zusammen mit dem Stromanbieter ein Konzept erarbeitet, um die E-Mobilität zu fördern.

Eine Verminderung der Anzahl der Autos in der Gemeinde wäre nicht nur für die Luft von Vorteil. Das Parken auf Gehwegen ärgert viele Bürger*innen seit langem. Das Car-Sharing Angebot sollte ausgebaut werden. Wenn auch die Straßenbahn öfters fahren würde, könnte die Frage, ob man wirklich ein eigenes Auto braucht, zum Wohl der Umwelt beantwortet werden können.

Ein weiter Bereich, in dem die Gemeinde für den Klimaschutz tätig sein kann, ist beim Bauen. Bekanntlich wird demnächst das Neubaugebiet N5 angegangen. Hier wollen wir strengere Regelungen im Bebauungsplan sehen, um den Energiebedarf der Häuser auf ein Minimum zu reduzieren (z.B. Nullenergiehäuser). Die Energieversorgung soll über eine lokale und effiziente Anlagentechnik (z.B. Blockheizkraftwerk, Wärmepumpe, Wärmespeicher, Solaranlagen) erfolgen. Deren Anschluss soll für alle Gebäude verpflichtend sein. Ein Energiespeicher, wie an der Gemeinschaftsschule, könnte den Energieverbrauch weiter senken.

Wir wollen aber noch andere Ideen in diesem Neubaugebiet verwirklicht wissen. An oberster Stelle unserer Wunschliste steht ein Mehrgenerationenhaus, in welchem die Bewohner selber bestimmen, wie sie wohnen wollen. Wohnen soll aber auch wieder erschwinglich werden. Ein Teil der Mehrfamili-

enhäuser sollte der Mietpreisbindung unterworfen sein. So wird billiger Wohnraum für wenig gut situierte geschaffen. Hier könnte die Gemeinde ansetzen und Grundstücke günstiger verkaufen.

Um der flächigen Versiegelung entgegenzuwirken, halten wir es für sinnvoll, mehrstöckige Häuser zu bevorzugen und die Autos unter die Erde zu verbannen.

Der Versiegelung kann auch entgegengewirkt werden, wenn in den Bebauungsplänen Regelungen aufgenommen werden, wonach versteinerte Gärten aus Gründen des Klimaschutzes nicht mehr zugelassen sind. Versiegelte Flächen führen vor allem im Sommer zu einem Anstieg der Temperaturen im Ort. Abkühlung findet man dann nur in Gärten mit Grünflächen, großen Bäumen und Büschen.

Grünpflege

Die Gemeindeverwaltung hat ein Grünplanungskonzept für die innerörtliche Grünpflege aufstellen lassen. Darin wurden die Kosten für die Pflege der einzelnen Bereiche genannt und mögliche Einsparpotenziale aufgezeigt. Danach ist der sogenannte Gebrauchsrasen erwartungsgemäß am günstigsten, der Schnitt von Hecken, Rosen und Büschen am aufwändigsten. Zum Glück war sich der Gemeinderat einig, dass nicht alle Maßnahmen ohne Rücksprache umgesetzt werden, sondern dass Einzelfälle immer noch unsere Zustimmung erfordern. Wenn wir diese dann unter bestimmten Bedingungen geben, kommt es immer wieder vor, dass doch mal noch ein paar mehr Bäume abgesägt werden, als ursprünglich vorgesehen, oder nicht mehr nachgepflanzt werden.

Um dem Insektensterben entgegen zu wirken, müssten wir viel mehr Bereiche extensiv pflegen, d.h. nur ein- oder zweimal im Jahr mähen. An einzelnen Flächen wurde das im vergangenen Jahr auf Antrag der AG Umwelt probiert. Und es hat funktioniert. Die Bevölkerung kann sich daran gewöhnen, dass diese Flächen „unaufgeräumt“ aussehen. Dieses Jahr müssen unter allen Umständen weitere Blumenwiesen und extensiv bewirtschaftete Flächen dazu kommen. In anderen Gemeinden ist dieser Trend schon angekommen. Sie lassen sich Projekte zum Erhalt der biologischen Vielfalt vom Land fördern, zum Beispiel mit dem Förderwettbewerb „Natur nah dran“. Unsere Gemeinde ist da noch zu weit entfernt, vor allem weil der Bereich Umwelt zu lange unbesetzt war. Immerhin wurde mit der Pflanzung von Obstbäumen am Radweg unterhalb vom Naturdenkmal im November eine erste Maßnahme gestartet, der noch weitere folgen müssen. Allein mit der Pflanzung der Obstbäume ist es jedoch nicht getan. Hier müssen jährlich Kosten für die Pflege der Obstbäume eingeplant werden.

Gemeindeentwicklung

Die Anschlussunterbringung von Flüchtlingen wird uns noch eine Weile beschäftigen. Der Mietvertrag mit dem Land zur Nutzung der Anlage am Schröcker Tor konnte verlängert werden. Dies gibt uns reichlich Zeit, um mit der Planung von Wohnraum im Bereich Hagsfelder Weg voran zu schreiten. Ungeachtet dessen wird weiterhin versucht, Familien im Ort unterzubringen, um die Integration zu vereinfachen. Die Unterkunft in der Kruppstraße 3 ist derzeit voll belegt.

Der Gemeinderat hat vor kurzem beschlossen, am Standort des Rathauses in Eggenstein zu erweitern und nicht, wie von manchen Fraktionen (CDU, Liste) beantragt, eine Teilverwaltung im Bürgerpark zu errichten. Da es zur Stromtrasse von der TransnetBW noch nichts Neues gibt, stünde dieser Standort kurzfristig ohnehin nicht zur Verfügung. Zur Führung der Stromtrasse wurden die Wünsche der Gemeinde vorgebracht und fließen in die Entscheidungsfindung ein. Wir sind auf das Ergebnis gespannt. Der Vorschlag der Verwaltung zur Rathausenerweiterung auf dem Gelände des derzeitigen Parkplatzes mit dem Bau einer Tiefgarage erscheint uns als wirtschaftlichste und sinnvollste Lösung.

Gedanken zum Verkehr in unserer Gemeinde

Bei der Neugestaltung der Hauptstraße in Eggenstein wurde ein Fahrradstreifen eingerichtet, der sich sehr gut bewährt hat. In der Leopoldstraße in Leopoldshafen kann ein solcher Streifen leider nicht eingerichtet werden, weil die Straße an einigen Stellen im Ort zu schmal ist. Eine Geschwindigkeitsbegrenzung in der Leopoldstraße wurde bisher abgelehnt, weil es eine Landstraße und eine Durchgangsstraße ist. Warum das an anderer Stelle für Bundesstraßen gelingt und nicht bei uns, ist für uns nicht nachvollziehbar. Wir bleiben dran. In 2019 wird eine Lärmkartierung durchgeführt. Dann besteht die Hoffnung, dass wir zumindest zeitweise eine Begrenzung erwirken könnten. Insbesondere im Bereich der evangelischen Kirche müsste an Sonntagen eine Einschränkung möglich sein.

Wir sind der Meinung, dass ein Radfahrstreifen entlang der Fährstraße eingerichtet und eindeutig gekennzeichnet werden sollte, damit auch Auswärtige diesen Weg nutzen können. Die Radwegverbindung entlang des Dammes ist noch längere Zeit (mindestens 1-2 Jahre) gesperrt, da die Dammertüchtigungsmaßnahmen noch immer nicht abgeschlossen sind. Die Nutzung des Weges am Wasserwerk vorbei ist keine Option, da auch dort in naher Zukunft Baumaßnahmen stattfinden werden. Diesen Weg kennen nur die Ortskundigen, eine eindeutige Beschilderung gibt es nicht. Damit die Radfahrer entlang der Fährstraße sicher fahren können, muss entweder je ein breiter Fahrstreifen auf beiden Seiten der Straße markiert werden oder eine deutliche Tempobegrenzung eingerichtet werden. Bisher kann dort jeder 100 km/h fahren, weil dies eine Landstraße ist. Selbst in der Kurve gibt es keine Begrenzung. Das sollte dringend nachgeholt werden.

Gerade für Auswärtige sind eindeutige Fahrradwegbeschilderungen erforderlich. Schilder wie „Radfahrer absteigen“ sind am plötzlichen Ende eines Radweges ein „no go“. Wie soll ein Auswärtiger erkennen, dass er jetzt die Straße überqueren und die andere Straße durch die Unterführung unterqueren soll, um auf der anderen Seite weiterzufahren. Zumal diese Unterführung mit Absperrungen oben und unten versehen ist, die es für Radfahrer nicht gerade attraktiv macht. Diese Absperrungen behindern Radfahrer mit Anhängern erheblich und führen dazu, dass diese dann doch die Straße benutzen und von Autofahrern angehupt werden, die meinen, dass ihnen die Straße ganz allein gehört.

Das ganze Verkehrsnetz ist auf den Autofahrer ausgerichtet. Radfahrer und Fußgänger werden kreuz und quer geschickt und müssen Umwege mit Hindernissen in Kauf nehmen. Das ist der falsche Weg, um mehr Menschen zum Radfahren zu bewegen. Das Radwegenetz muss insgesamt verbessert werden. Das heißt, nicht nur Radwege ausschildern, sondern auch Radwege einrichten, pflegen und warten.

Der Bereich der Fähre am Rhein muss verkehrstechnisch dringend überarbeitet werden. Die SPD fordert eine Schranke, damit niemand mehr dort hinein fahren kann. Das Wasserwirtschaftsamt, das für den Straßenbereich zuständig ist, will nichts unternehmen. Wir fordern schon lange, dass entlang der Rheinseite ein Parkverbot erhoben wird, damit die Spaziergänger und Radfahrer einen freien Blick zum Rheinufer genießen können und nicht mit renitenten Wohnmobilbesitzern aneinandergeraten, die meinen, dass dies ihr persönliches Stück Wiese ist. Eine einfache Lösung, die allen gerecht wird, kann es nicht geben, jedoch muss in diesem Bereich ein durchdachtes Parkplatzmanagement entwickelt werden.

Auch der ruhende Verkehr muss unter die Lupe genommen werden. In der Stadt Karlsruhe ahndet man jetzt das schon immer verbotene Gehwegparken mit Strafzetteln. Das ist eine konsequente Vorgehensweise. Nur so kann man die Menschen dazu bringen, ihre Fahrzeuge so zu parken, dass sie nie-

manden behindern. Der Gehweg ist nun mal zum Gehen da. Da unsere Bevölkerung immer älter wird, gibt es immer mehr Rollator-Fahrer*innen. Die brauchen den Weg, um voran zu kommen. In einigen Straßen hat sich das Parken auf der Straße schon durchgesetzt. Und es funktioniert. Der Straßenverkehr wird automatisch langsamer, weil man nicht mehr so schnell aneinander vorbeikommt. In manchen Straßen müssen sich die Anwohner noch daran gewöhnen, dass sie ihr Fahrzeug eben nicht direkt vorm eigenen Haus parken können, weil da schon andere parken. Mit ein bisschen Rücksicht kann es funktionieren. Zur Not könnten Einbahnstraßen eingerichtet werden, um den Begegnungsverkehr zu umgehen.

Ein weiterer Schritt, um das Fahrradfahren attraktiver zu machen, ist auch die Verbesserung von Möglichkeit zum sicheren Abstellen von Fahrrädern an Straßenbahn-Haltestellen oder an Carsharing Plätzen. Einen Antrag zur Errichtung weiterer Fahrrad-Abstellplätze an der Haltestelle Leopoldstraße haben wir gestellt.

Gebühren

Wofür fallen in unserer Gemeinde Gebühren an? Zu nennen sind in alphabetischer Reihenfolge: Abfall, Abwasser, Benutzung von gemeindeeigenen Räumlichkeiten, Bestattung, Kinderbetreuung (KiTa, KiGa, Hort), Wasser. Für den Neubau des Wasserwerks sind die Planungen auf den Weg gebracht. Schritt für Schritt werden sich die erforderlichen Investitionen im Anstieg der Wassergebühren bemerkbar machen. Auch an der Kläranlage sind technische Erweiterungen dringend notwendig, um den gesetzlichen Anforderungen zu genügen und die steigenden Abwassermengen aufgrund der zunehmenden Anzahl an Einwohnern behandeln zu können. Das führt auch in diesem Bereich zu steigenden Abwassergebühren. Um den Kostendeckungsgrad zu erhöhen, müssen sukzessive auch die anderen genannten Gebühren angehoben werden. Unsere Gemeinde ist, bezogen auf die gesamte Infrastruktur, gut aufgestellt, da jedes Jahr im Haushalt große Beträge für die Sanierung von Gehwegen, Straßen und Ver- und Entsorgungsleitungen eingestellt werden.

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN haben am vergangenen Dienstag der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan sowie den Wirtschaftsplänen für die Eigenbetriebe „Wasserversorgung“ und „Abwasserbeseitigung“ für das Jahr 2019 zugestimmt.

Ich bedanke mich auch im Namen von Dr. David Spelman-Kranich und Kristina Schnell bei Bürgermeister Stober und den Mitarbeiter*innen der Gemeindeverwaltung für die gute Zusammenarbeit und bei den Kolleg*innen im Gemeinderat für die angeregten Diskussionen.

Dr. Pia Lipp

Eggenstein-Leopoldshafen, im März 2019